

Bekanntmachung nach § 50 Abs. 5 BMG

Stadt / Markt / Gemeinde

Gemeinde Landensberg

---

**Bekanntmachung nach § 50 Abs. 5 des  
Bundesmeldegesetzes  
über das Widerspruchsrecht gegen Melderegisterauskünfte  
an Parteien und Wählergruppen**

Nach § 50 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes (BMG) darf die Gemeinde als Meldebehörde im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen den Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen Auskunft aus dem Melderegister über Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Wahlberechtigten erteilen, die nach ihrem Lebensalter bestimmten Gruppen zugeordnet werden (sog. Gruppenauskunft). Die davon Betroffenen haben das Recht, der Übermittlung ihrer Daten zu widersprechen. Dieser Widerspruch kann schriftlich oder mündlich bei der Meldebehörde eingelegt werden; er bedarf keiner Begründung, ist von keinen Voraussetzungen abhängig und gilt solange, bis er durch eine gegenteilige Erklärung widerrufen wird.

Die Gemeinde bzw. Meldebehörde darf, falls einer Datenübermittlung nicht widersprochen wurde, Daten nur in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorausgehenden Monaten übermitteln.

Ort, Datum

Unterschrift

Landensberg, den 28.06.2023

gez. Steinle

Angeschlagen am: 28.06.2023 Abgenommen am: \_\_\_\_\_

Veröffentlicht am: 28.06.2023 im Amtsblatt und auf der Homepage